

MESTERS MEINUNG



KOMMENTARE



Abschied in Raten

Ein Linksruck ist mit Steinmeier kaum machbar

► MARCO ROSE

Vom Neuanfang reden derzeit viele in der SPD. Doch die Signale des gestrigen Tages sind in dieser Hinsicht widersprüchlich: Frank-Walter Steinmeier verzichtet auf den Parteivorsitz, wird aber Chef der geschrumpften SPD-Fraktion im Bundestag. Ausgerechnet Gerhard Schröders ehemaliger Vollstrecker, Agenda-2010-Mitverfasser und Wahlverlierer mit unnachahmlich drogem Auftritt soll künftig eine schlagfertige Opposition formen, im Parlament die Kanzlerin attackieren und die Linke stellen. Das alleine zeigt, wie groß die Not bei der SPD wirklich ist.

Keine Rampensau im Parlament

Sicher: Es ist nicht ausgeschlossen, dass Steinmeier in diese Rolle noch hineinwächst. Doch dafür wird man ihm kaum die nötige Zeit gewähren. Eine parlamentarische Rampensau, die es rhetorisch mit Lafontaine und Gysi aufnimmt, wird aus ihm aber wohl nie werden.

Entscheidend für Steinmeiers Erfolg dürfte derweil die Frage werden, wie er als Mann der „Neuen Mitte“ mit einem sich abzeichnenden Linksruck seiner Partei umgehen wird. Denn der Außenminister steht für all das, was seine Partei klein und die Linke indirekt groß gemacht hat: die Rente mit 67 und die Agenda 2010. Ausgerechnet er

soll nun die Fraktion einen, sie möglicherweise gegenüber den Linken öffnen?

Für eine Rolle rückwärts ist Steinmeier nicht zu haben. Das hat er gesagt, und man muss ihm das auch abnehmen. Nur wie bitteschön soll das zusammenpassen? Wie glaubwürdig kann der gescheiterte Kandidat im Spannungsfeld der auseinanderdriftenden Parteiflügel agieren?

Kaum jemand kann diese Fragen derzeit beantworten – auch nicht innerhalb der Sozialdemokratie. Denn die hat in den vergangenen Jahren eine ganze Politikergeneration verschlissen. Hoffnungsträger auf dem Parteivorsitz kamen und gingen. Mehr oder minder erfolglos waren sie alle. Einen Generationenwechsel fordern nun vor allem die Linken in der Partei. Sigmar Gabriel und Andrea Nahles als Doppelspitze könnten den inhaltlichen Schwenk auch personell nach außen dokumentieren.

Für Steinmeier bliebe in dieser Konstellation wenig Spielraum; ihm droht ein Abschied in Raten. So steht am Ende die Frage: Wäre er nicht klüger beraten gewesen, dem Vorbild seines Mitstreiters Peer Steinbrück zu folgen, und den Fraktionsvorsitz einem jungen, vielleicht weniger bekannten Talent zu überlassen? Denn die gibt es schließlich auch in der SPD.

► m.rose@zeitungsverlag-aachen.de

BERLIN NACH DER WAHL

Neuanfang mit Steinmeier

Der gescheiterte Kanzlerkandidat verzichtet zwar auf das Doppel-Amt, wird aber mit 88 Prozent zum neuen SPD-Fraktionschef im Bundestag gewählt. Sigmar Gabriel wird als neuer Parteichef favorisiert.

VON WERNER KOLHOFF UND STEFAN VETTER

Berlin. Großes Wundenlecken gestern bei den Sozialdemokraten – und großes Köpferrollen. Die erste Sitzung der um fast 80 Abgeordnete oder ein Drittel dezimierten SPD-Fraktion verlief tränenreich und dramatisch. „Es wogt hin und her“, sagte ein Teilnehmer. Der einstige Spitzenkandidat Frank-Walter Steinmeier wurde zwar als neuer Fraktionsvorsitzender gewählt, bekam jedoch auch Unmut zu spüren. Er sah sich genötigt, seinen Verzicht auf das Amt des Parteivorsitzenden zu verkünden.

Viele waren mit Wut im Bauch zu dem ersten Treffen nach der Wahl gekommen. Da es eine gemeinsame Sitzung der alten wie der neuen Fraktion war, erschienen auch etliche Abgeordnete, die plötzlich in ihren Wahlkreisen abgewählt worden waren. Die Stimmung schwankte zwischen Sarkasmus und Verzweiflung. Allein 400

„Das trägt schon dynastische Züge.“

DER PARTEILINKE OTTMAR SCHREINER EMPÖRT SICH ÜBER DEN FÜHRUNGSANSPRUCH STEINMEIERS

Mitarbeiter der SPD-Fraktion haben am Sonntag ihren Job verloren. Viele von ihnen standen gestern ratlos vor den Türen des Sitzungssaales und durften anders als sonst bei den Beratungen noch nicht einmal dabei sein.

Angesichts der Härte der Wahlniederlage ging der SPD-Basis das Tempo, das Steinmeier schon am Sonntag mit seinem Anspruch auf den Fraktionsvorsitz eingeschlagen hatte, viel zu schnell. „Das trägt schon dynastische Züge“, empörte sich etwa der Parteilinke Ottmar Schreiner. Auch in der internen Sitzung des Fraktionsvorstandes gab es Kritik an Steinmeiers Vorgehen. „Warum sind wir nicht gefragt worden?“, hieß es immer wieder. Von links bis rechts wurde der Ruf nach einer Doppelspitze laut, also zwei verschiedenen Personen in der Führung von Partei und Fraktion. Genährt wurde diese Auffassung, als Parteichef Franz Müntefering am Montag seinen Verzicht auf eine erneute Kandidatur andeutete. Auch der Sprecher des konservativen



Anspannung vor der Sitzung: Frank-Walter Steinmeier setzte sich letztlich gegen Widerstände durch. Foto: ddp

Seeheimer Kreises der SPD, Johannes Kahrs, warb für eine Ämtertrennung. Einem Einzelnen sei es nicht zuzumuten, beide Funktionen auszuüben, meinte Kahrs.

Wohl unter dem Druck dieses flügelübergreifenden Widerstandes drehte Steinmeier bei: Er sei zu dem Schluss gekommen, „dass wir die Neuordnung von Partei und Fraktion auf mehrere Schultern verteilen müssen“, sagte er gleich zu Beginn der Sitzung. Der Weg für Ex-Umweltminister Sigmar Gabriel oder Berlins Regierendem Bürgermeister Klaus Wowereit zum Parteivorsitz wäre damit frei. Beide sind die einzigen, die noch im Rennen sind. Am Ende der

nächsten Woche wolle der Parteivorstand einen kompletten Personalvorschlag machen, kündigte Noch-Parteichef Franz Müntefering vor den Abgeordneten an.

Dazu gehört dann auch ein neuer Generalsekretär, denn Hubertus Heil erklärte mitten in dem Trubel der Fraktionssitzung vor den Journalisten, dass er nicht mehr antrete. Nachbesetzt werden muss auch die Position von Peer Steinbrück als Parteivize. Auch er trat gestern Nachmittag kurzerhand vor die zahlreich versammelte Presse um seinen Verzicht anzukündigen, für jedes Amt in Partei oder Fraktion.

Mitte November findet der Parteitag in Dresden statt, der die neue Spitze wählt. Favorit ist nach jetzigem Stand Sigmar Gabriel, der Andrea Nahles als Generalsekretärin nehmen könnte. Wowereits Chancen sind gestern hingegen wieder gesunken. Denn flügelübergreifend gab es ebenfalls eine starke Empörung über einen Beschluss des Landesvorstandes der Berliner SPD vom Montagabend. Der hatte in einer Resolution einen radikalen Neuanfang und den kollektiven Rücktritt der gesamten Parteiführung mit Ausnahme von Nahles gefordert. „Wesentliche Akteure der SPD wie Steinmeier, Steinbrück und Müntefering sind untrennbar mit der Agenda-Politik ab 2003 beziehungsweise der abgewählten großen Koalition ab 2005 verbunden“, hieß es in dem dreiseitigen Beschlusspapier. Zugleich plädierte die Berliner SPD

für ein konsequentes Zusammengehen mit der Linkspartei. Die Bildung von gemeinsamen Landesregierungen habe angesichts einer schwarz-gelben Bundesregierung „eine hohe taktische (Bundesrat) und strategische (Machtopion für die Zukunft) Bedeutung“.

Der politische Generalangriff aus der Hauptstadt muss insofern erstaunen, als die im Senat zusammen mit der Linkspartei regierende SPD dort lediglich auf 20,2 Prozent der Stimmen kam und damit ein noch deutlich schlechteres Ergebnis als im Bundesdurchschnitt eingefahren hatte. Als künftiger Parteivorsitzender ist Wowereit damit unten durch. <Kommentar

Seit an Seit?

Noch herrscht Ruhe in der Union

► HAGEN STRAUSS (BERLIN)



Angela Merkel kann bislang zufrieden sein: Die 33,8-Prozent-Parteien CDU und CSU gehen zumindest frei von innerparteilichen Querelen in die anstehenden Koalitionsgespräche mit der FDP. Und die Union weiß, was sich gehört: Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder wurde gestern mit satten 96 Prozent der Stimmen wiedergewählt, CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer erhielt ein ebenso gutes Ergebnis. Zu Zeiten der großen Koalition standen beide ja durchaus mal in der Kritik.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Dass bei der Bundestagswahl der Sprung in ein schwarz-gelbes Bündnis gelungen ist, überdeckt bei so manchem den Frust über das prozentual enttäuschende Abschneiden bei der Union. Noch herrscht Ruhe und Geschlossenheit, aber das wird nicht so bleiben. Denn spätestens, wenn das Bündnis mit der FDP in trockenen Tüchern ist, werden sich die wieder lautstark zu Wort melden, die eine ausgiebige Analyse des Ergebnisses

einfordern. Zu Recht, denn gerade mit Blick auf die wichtigen Landtagswahlen im Mai in NRW muss die Union schnell aufarbeiten, warum auch sie deutlich an Bindungskraft verloren hat.

Seit an Seit schreiten CDU und CSU nun also in die Koalitionsverhandlungen – darauf kann sich Merkel aber nicht verlassen. Denn gerade die CSU macht keinen Hehl daraus, dass sie durchaus gewillt ist, auf ihre eigenständige Rolle bei den Gesprächen pochen zu wollen.

Kraftproben sind programmiert

Sollte es tatsächlich so kommen, werden die Verhandlungen mit der FDP kein Spaziergang, wie Merkel vorgibt. Denn die vor Selbstbewusstsein strotzenden Liberalen, die die Attacken der Christsozialen im Wahlkampf noch nicht vergessen haben, werden sich kaum von einem in Bayern gestützten Horst Seehofer die Bedingungen diktieren lassen wollen. Kraftproben sind da programmiert.

► an-politik@zeitungsverlag-aachen.de

Martin Schulz kämpft für Neubeginn mit Gabriel

Martin Schulz, Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament und Mitglied des SPD-Präsidiums, hat während der letzten beiden Tage am Personaltableau mit Sigmar Gabriel und Andrea Nahles kräftig mitgearbeitet. Deshalb will er von einem Machtkampf auch nichts wissen. „Das ist eine geregelte Neuordnung, kein Machtkampf“, sagte er gestern den „Nachrichten“.

Schulz bekennt sich zur Reformpolitik, die den Sozialstaat stabilisiert habe, weiß aber, dass Regelungen wie die Rente mit 67 und Hartz IV gerade in der sozialdemokratischen Wählerschaft auf

große Skepsis stoßen. „Daraus müssen wir Konsequenzen ziehen, ohne den Stab zu brechen über die Agenda 2010.“ Die SPD müsse Partei der Mitte bleiben und zugleich mit der Linkspartei Gespräche führen. Und das müsse auch personell an der SPD-Spitze sichtbar werden.

Mit der Linken zu reden, bedeute nicht, „deren abstruse Vorstellungen von Europa- und Außenpolitik“ zu akzeptieren. Die seien nach wie vor ein unüberwindliches Hindernis für Zusammenarbeit – ebenso wie „dieser alte Mann an der Spitze der Partei, dessen einziges Ziel die Zerstörung seiner früheren politischen Heimat ist.“ (pep)



Geben den Ton an: Kanzlerin Angela Merkel und Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU). Foto: ap

Dietmar Nietan zieht in den Bundestag ein

Lange musste Dietmar Nietan (SPD) bangen, am Ende reichte ihm Platz 11 der Landesliste, um in den Bundestag einzuziehen. „Wir brauchen einen personellen und inhaltlichen Neuanfang“, fordert der Dürener. „Wenn wir sagen, wir machen alles besser und anders, aber mit denselben Leuten, glauben einem die Leute das nicht“, sagte er unserer Zeitung. Neue Gesichter müssen her. „Franz Müntefering und Frank-Walter Steinmeier müssen sich mit den Neuen zusammensetzen“, sagt er. „Sonst macht es die Partei auf dem Parteitag.“ (die)

Bayerisches Fingerhakeln beginnt

CSU setzt in Berlin auf Abgrenzung – und will so wieder an Profil gewinnen

Berlin. Am Montag nach den Gremiensitzungen der CDU ließ Kanzlerin Angela Merkel wissen: „Da verhandeln nicht drei Parteien miteinander, sondern die Union mit der FDP.“ Als Warnung an CSU-Chef Horst Seehofer konnte dieser Satz verstanden werden, anders als im Wahlkampf gefälligst die Extratouren zu unterlassen. Vor allem in den anstehenden Koalitionsverhandlungen. Gestern nun gab es in Berlin nach der ersten Sitzung der neuen CSU-Landesgruppe Seehofers Replik.

Ihm sei bei der Beratung mit der Kanzlerin klar geworden, betonte der Ministerpräsident, dass „sich

Geschlossenheit und Klarheit fortsetzen werden“. Doch dann schob er den viel wichtigeren Satz hinterher: „Wir sind drei Parteien, wir werden aber im engen Schulterschluss mit der CDU bleiben.“ Seehofer pocht also demonstrativ gegen den Willen von Merkel auf die Eigenständigkeit seiner CSU, man könnte auch sagen: Das bayerische Fingerhakeln beginnt, auf das sich die Kanzlerin in den nächsten Wochen und dann im schwarz-gelben Bündnis selber einstellen muss. Neues CSU-Profil ist schließlich auch in Berlin nötig, damit am Ende die Christsozialen im Freistaat besser dastehen.

Dass die CSU härter agieren wird, dafür spricht, dass ihre Ausgangslage in der Hauptstadt alles andere als kommod ist – sie steht ein wenig mit dem Rücken zur Wand: Sie hat in Bayern bei der Bundestagswahl ein miserables Ergebnis eingefahren, was durchaus einhergeht mit einem bundesweiten Bedeutungsverlust. Viel Hohn und Spott hat ihr das eingebracht. Darüber hinaus ist die Landesgruppe nur halb so stark wie die FDP – spätestens bei der Vergabe von Ministerposten wird sich das bemerkbar machen. Die besseren Karten hat da die vor Kraft strotzende FDP. (has) <Kommentar

ANSICHT

„Kein Sieger glaubt an den Zufall.“

FRIEDRICH NIETZSCHE, DEUTSCHER PHILOSOPH (1844 – 1900)